

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

9.7.1931 (No. 157)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verleger:
Karl-Friedrich-
Str. Nr. 14
Verantwortl.
Nr. 955
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
I. B.:
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Wagnerspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährl. 35 RM, einjährl. 10 RM, Samstag 15 RM. — Anzeigengebühr: 14 RM für 1 mm Höhe und ein Quadratmeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwanngewaltiger Betreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Amtshandlungsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die neue Kreditaktion

Die Garantie der Wirtschaft für die Golddiskontbank

Eine am gestrigen Mittwoch erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt die Reichsregierung, in Anlehnung an die Vorschriften des Ausführungsgesetzes vom 30. August 1924, die danach ausbringungspflichtigen Unternehmer, deren Betriebsvermögen fünf Millionen Reichsmark übersteigt, anteilig zu verpflichten, die Haftung bis zum Gesamtbetrag von 500 Millionen Reichsmark für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften zu übernehmen, welche die Deutsche Golddiskontbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskreditwesens tätigt.

Über die Bedeutung der von der Wirtschaft übernommenen Ausfallgarantie für die Deutsche Golddiskontbank und der nun durch die Verordnung des Reichspräsidenten geschaffenen gesetzlichen Grundlagel, äußerte sich Reichsbankpräsident Dr. Luther in einer Berliner Pressekonferenz:

Ein Hauptzweck sei der, daß die Golddiskontbank mit der Ausfallgarantie über eine Kreditmöglichkeit von nur 500 Millionen Reichsmark zu verfügen habe. Bei dieser Summe handelt es sich um eine Ausfallbürgschaft, die etwa mit dem Aktienkapital einer Bank zu vergleichen sei, deren Kreditmöglichkeiten sich natürlich nicht mit der Höhe ihres Aktienkapitals decken. Ein Mehrfaches des Betrags der Ausfallbürgschaft mit 500 Millionen Reichsmark könne man als Kredit aufbauen, und das sei auch ein Hauptzweck der Aktion, weil es darauf ankomme, eine Entlastung auf dem Gebiete des Kredits zu schaffen, die mit einem zu geringen Kredit niemals bewirkt werden könne. Der auszubauende Kredit müsse so groß sein, daß er jede auch noch so berechtigende Sorge über den Auslandskredit der deutschen Wirtschaft zu bannen in der Lage sei.

Gegenüber bereits geäußerten Zweifeln, daß nunmehr alle Auslandskredite zu der Golddiskontbank als dem am besten fundierten Kreditinstitut gehen würden, erklärte Dr. Luther, daß es an der richtigen Geschäftsführung der Golddiskontbank liege, die fozulagen dem privaten Kreditgeschäft eine wichtige Hilfsstellung leisten solle. Am Auslande liege es jetzt, seine Zustimmung zu dem neuen Kreditgedanken zu geben und in die Praxis umzusetzen. Die deutsche Wirtschaft beweise mit der von ihr vorgeschlagenen Aktion, daß sie von sich aus ihr Möglichstes tue, damit die Vertrauensgrundlage für Deutschland wieder hergestellt werde.

Hierauf erläuterte Staatssekretär Trendelenburg die Durchführungsbestimmungen zur neuen Verordnung, wobei er noch einmal unterstrich, daß die Notverordnung lediglich ein technisches Hilfsmittel sei. Die Reichsregierung sei überzeugt gewesen, daß es unmöglich gewesen sei, in so kurzer Zeit im Wege einer freien Vereinbarung zum Ziele zu kommen. Die Industrieobligationenbank spiele die treuhänderische Rolle, indem sie in Zusammenarbeit mit den Finanzämtern die Vorteile einzuziehen habe. Da die Führung der Geschäfte, die unter diesen Garantiefällen fallen, ein Risiko darstelle, sei es notwendig gewesen, als Vertretung der Verfallenen ein Gremium einzusetzen, das aus dem Reichsbankpräsidenten und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Industrieobligationenbank besteht.

Kritik in der Presse und in Börsenkreisen

Die Übernahme der Ausfallbürgschaft von einer halben Milliarde Mark durch die führenden Firmen der Privatwirtschaft findet in der Berliner Presse fast einhellige Anerkennung, freilich auch zum Teil Kritik, so weist die „Voss. Zig.“ auf die Möglichkeit hin, daß die ausländischen Banken, die mit Deutschland Geschäfte machen wollen, die Golddiskontbank sichtlich bevorzugen werden. (Der Reichsbankpräsident hat dem gegenüber auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Geschäftsführung durch die Golddiskontbank hingewiesen.) Starke Bedenken macht der „Abend“ geltend. Eine Nebenwirkung könnte sein, daß sich künftig der Kredit auf die großen Firmen konzentriert und daß das kleine und mittlere Unternehmertum keine Auswege mehr finde aus der fürchterlichen Enge der Kredite. Das Blatt betont insbesondere mit ziemlich scharfen Worten, daß es sich bei der Aktion der Privatunternehmen zunächst um eine Rettungsaktion nicht für das Reich, sondern für sich selbst handle.

Auch auf der Berliner Börse macht sich am Mittwoch eine sehr unterschiedliche, z. T. ungünstige Beurteilung dieser Aktion geltend. Man legte Bedenken, ob nicht bei der Schaffung eines solchen Garantiefonds das Auslande in Zukunft lediglich dann Kredite gibt, wenn sie unter dem Schutz dieses Garantiefonds stehen, so daß notwendigerweise eine Zurückziehung der übrigen Kredite drohen würde. Daneben schenkte man der Frage große Beachtung, welche Wirkung diese Garantieübernahme in den Bilanzen der beteiligten Gesellschaften auslösen wird. Im ganzen sah man somit in den Kreisen der Spekulation in dieser Aktion eine Entlastungsoperation für die Bankwelt, um die am Geldmarkt nach wie vor deutlich zum Ausdruck kommende Kreditnot mindern für die nächste Zeit zu überbrücken. Die Tatsache, daß die Anforderungen am Devisenmarkt stark nachgelassen haben, konnte sich gegenüber diesen allgemeinen Bedenken nur schwach durchsetzen; immerhin löste sie späterhin leichte Erholungen aus, wobei verschiedentlich leichte Abschlüsse des Verkaufs ausgeglichen werden konnten.

Luther fährt nach London

Nach einer Londoner Meldung des „B. T.“ wird Reichsbankpräsident Luther nach London fahren, um, wie es in der Meldung heißt, über eine neue größere Antelle für die Reichsbank zu verhandeln.

Letzte Nachrichten

Die Verwertung der Weizenernte

Inlandsweizenervermahlungszwang von 97 Proz. für das ganze Wirtschaftsjahr

BRN, Berlin, 9. Juli. (Priv.-Tel.) Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden heute unter Vorsitz des Reichsministers Dr. h. c. Schiele die angeführten Besprechungen über die Handhabung des Vermahlungszwangsgesetzes im kommenden Wirtschaftsjahr statt.

Minister Schiele gab einen knappen Überblick über die zu erwartende Stützung des deutschen Weizenmarktes im Erntejahr 1931/32. Er bezifferte den durchschnittlichen Weizenbestand inkl. des Saatgutes aus etwa 4,8 Mill. Tonnen, so daß auch bei einer Weizenernte von 4,5 bis 4,6 Mill. Tonnen noch ein Einfuhrbedarf von einigen 100 000 Tonnen zu erwarten ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Bedarf mit einer Mindest-, die Ernte dagegen mit einer Höchstmenge in die Rechnung gestellt ist. Es sei notwendig, den höchstmöglichen Satz für das Gesamtwirtschaftsjahr als Vermahlungsquote für Inlandsweizen festzusetzen, und zwar 97 Prozent. Sollten sich aus der Höhe der Quote Schwierigkeiten ergeben, namentlich am Schluß des Wirtschaftsjahres, so werden die Hilfsmaßnahmen dem veränderten Bild der Versorgungslage Rechnung tragen.

Pariser Besprechungen Hendersons nach dem Berliner Besuch

BRN, London, 9. Juli. (Tel.) „Manchester Guardian“ berichtet, Henderson werde von Berlin wiederum nach Paris zurückkehren, um weitere Besprechungen mit Briand zu führen.

Der Konflikt Italiens mit dem Vatikan

Ründigung des Konkordats?

BRN, Rom, 9. Juli. (Priv.-Tel.) In dem Konflikt zwischen Italien und dem Vatikan ist nach einem römischen Morgenblatt die einzig mögliche Lösung die Ründigung des Konkordats durch die italienische Regierung. Damit geht das erwählte römische Blatt noch einen Schritt weiter, als die geistliche Abendpresse, die bereits die Frage um den weiteren Bestand des Konkordats aufgeworfen hat. Die Arbeit der katholischen Aktion sei politisch eingestellt und unbefriedbar gegen das Regime gerichtet. Was auch die Folgen einer Ründigung des Konkordats sein mögen, der Faschismus fühle, daß er ruhigen Mutes diese Verantwortung übernehmen könne.

Verletzungen des Übereinkommens von Delhi

BRN, Bombay, 9. Juli. (Tel.) Gandhi veröffentlicht in der Zeitung „Jung-Indien“ einen Artikel, in dem er die Regierung einer Verletzung des Übereinkommens von Delhi anklagt. Er habe, schreibt er, aus zahlreichen Gegenden des Landes Klagen über die Notbehörden erhalten, die Versammlungen mit Gewalt aufgelöst hätten und mit dem Polizeiknüppel vorgegangen seien. Gandhi schließt, wir müssen unsere Verpflichtungen aus dem Übereinkommen solange geduldig erfüllen, als der Kongressausschuß es für notwendig erachtet wird.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Bescheldene Besserung

Der Arbeitsmarkt hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. Juni 1931 in der zweiten Hälfte des Monats Juni, ähnlich wie im vorigen Berichtszeitraum, im bescheidenen Umfang gebessert. Bei den Arbeitsämtern waren am 30. Juni noch rund 3 962 000 Arbeitslose gemeldet. Damit ist gegenüber Mitte Juni ein Rückgang um rund 38 000 zu verzeichnen, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur noch eine Abnahme um rund 5000 stattgefunden hatte.

Gegenüber der Höchstbelastung Mitte Februar d. J. beläuft sich der Rückgang der Arbeitslosenzahl auf rund 1 030 000, während er im Vorjahre, in dem der winterliche Höhepunkt der Arbeitslosigkeit allerdings wesentlich niedriger lag, bis Ende Juni nur rund 725 000 betrug.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging vom 16. bis 30. Juni 1931 um rund 62 000 zurück, und zwar auf rund 1 414 000; in der Krisenfürsorge hat ein geringer Zuwachs von rund 6000 auf rund 940 000 Hauptunterstützungsempfänger stattgefunden. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen betrug am letzten Stichtage, Ende Mai d. J., rund 1 004 000.

Die Zahl der österreichischen Arbeitslosen. Ende Juni wurden in Österreich insgesamt 191 149 unterstützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung ergibt sich eine Abnahme um rund 5400 Personen.

Macdonald unspäßig. „Daily Herald“ zufolge, wird Macdonald, der einen leichten Anfall nervöser Magenbeschwerden habe, für einige Tage zur Erholung nach Chequers gehen. Am Samstag gedenkt der Ministerpräsident an der großen nationalen Abrüstungskonferenz in der Albert-Hall teilzunehmen.

Änderungen der badischen Verfassung?

Von August Albert, Karlsruhe

Das Gutachten der Sparkommission über die badische Staatsverwaltung bezeichnet beim Kapitel Landtag eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten nicht nur als erträglich, sondern auch als das einzige Mittel, um bei der Volkserhaltung eine nennenswerte Ersparnis zu erzielen. Es dürfte nach Ansicht der Gutachter durchaus genügen, wenn auf 20 000 Stimmen ein Abgeordneter entfiel. Dadurch würde sich die Zahl der Abgeordneten etwa um die Hälfte vermindern. Allenfalls, so wird weiter bemerkt, dürfte es auch genügen, die Abgeordnetenzahl auf 60 zu ernähigen oder deren Zahl ein für allemal festzusetzen.

Der Badische Landtag zählt zur Zeit 88 Abgeordnete. Nach dem geltenden Gesetz entfällt auf 10 000 Stimmen ein Abgeordnetensmandat. Würde diese Zahl auf 20 000 erhöht, so betrüge nach den Ergebnissen der letzten Landtagswahl vom Jahre 1929 die Zahl der Abgeordneten genau die Hälfte, nämlich 44, und zwar erhielten das Zentrum 17, die Sozialdemokraten 9, die Deutsche Volkspartei 3, die Nationalsozialisten 3, die Staatspartei 3, die Kommunisten 3, der Evangelische Volksdienst 2, die Deutschnationalen 1 und die badische Bauernpartei 1 Mandat. Auf 52 541 Einwohner würde ein Abgeordneter entfallen gegenüber 26 278 in der Gegenwart. In Württemberg entfällt auf 32 253 Einwohner ein Abgeordneter. Baden käme mit 44 Abgeordneten der sächsischen Teilungsziffer nahe, wo auf 52 008 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Dieses Land ist aber auch an Einwohnerzahl dem Lande Baden um mehr als das Doppelte überlegen und zählt 96 Abgeordnete. In Bayern mit 7,3 Millionen Einwohnern entfällt auf 57 058 Einwohner einer der 128 Abgeordneten.

An persönlichem Aufwand für die Entschädigung der Abgeordneten könnten bei einer Verminderung der Zahl auf 44 rund 337 000 M. eingespart werden. Es besteht jedoch bei einer solchen Regelung die große Gefahr, daß das flache Land zugunsten der großen Städte stark benachteiligt würde. Das kann aber nicht als erstrebenswerter Zustand betrachtet werden, daß das Land und die weniger dicht besiedelten Gebiete keine genügende Vertretung mehr im Landtag erhalten. Darauf ist von Zentrumsseite schon wiederholt hingewiesen worden, zuletzt in der Sitzung des Badischen Landtags vom 26. Februar, wo der nationalsozialistische Antrag zur Debatte stand, die Stimmziffer für ein Mandat auf 20 000 heraufzusetzen. Damals erklärte der Zentrumsführer Dr. Baumgartner, das Zentrum müßte den größten Wert darauf legen, daß das Volk gleichmäßig im Landtag vertreten sei, daß auch die dünnsten bevölkerten Gebiete unseres Landes Baden ihre Vertretung im Landtag haben. Deswegen werde das Zentrum einer solchen Reduzierung nicht zustimmen.

Bei einer Verminderung der Abgeordnetenzahl auf 60 würde auf je 88 541 Einwohner ein Mandat entfallen. Die Ersparnis an persönlichem Aufwand betrüge gegenüber dem jetzigen Stand 13 452 M. Wollte man eine solche Regelung herbeiführen, so würde die Stimmziffer für ein Landtagsmandat etwa bei 15 000 liegen.

Die Anregungen, die von den Gutachtern gegeben werden, sind nicht neu. Die Frage der Zahl der Landtagsmandate hat schon viel früher eine Rolle gespielt, und zwar hauptsächlich im Jahre 1924, wo das Zentrum im Verfassungsausschuß beantragt hat, in § 25 der Verfassung eine feste Mandatsziffer einzufügen, nachdem man sich im Verfassungsausschuß dahin geeinigt hatte, statt auf je 10 000 Stimmen erst auf je 12 000 einen Abgeordneten zuzuteilen. Damals beantragte das Zentrum, die Zahl der Abgeordneten auf 72 festzusetzen, der Verfassungsausschuß einigte sich schließlich auf die Zahl 75. Zur Begründung für den damaligen Zentrumsantrag wurde ausgeführt, daß es notwendig sei, auch für die Stabilisierung der parlamentarischen Verhältnisse, für die äußere Technik und die innere Entwicklung der Dinge, daß man mit einer festen Zahl von Abgeordneten von einem Landtag zum anderen rechnen könne.

Diese Gründe haben auch weitgehende Beachtung bei den anderen Parteien gefunden. Wie der Zentrumsführer Dr. Baumgartner bei Besprechung des nationalsozialistischen Antrags im Februar d. J. im Landtag erklärte, steht das Zentrum auch heute auf dem Standpunkt, daß die Zahl der Abgeordneten für den Landtag reduziert werden soll, und daß man eine fixe Zahl, etwa 72 oder 75, nehmen sollte. Bei einer Verringerung der Abgeordnetenzahl auf 72 könnten an Entschädigungsaufwand für die Abgeordneten 74 545 M. eingespart werden. Die Stimmziffer für ein Landtagsmandat läge bei 12 000. Auch hinsichtlich der Einwohnerzahl, auf welche ein

Abgeordneter entfallen würde, käme man bei dieser Regelung mit 22 117 dem Nachbarlande Württemberg am nächsten.

Die Frage hat aber auch eine verfassungsrechtliche Seite, und hier ist der Hauptgrund zu suchen, warum nicht schon früher an eine Verminderung der Abgeordnetenzahl herangegangen worden ist. Eine solche wäre verfassungsändernd. Nach § 23 Abs. 1 der badischen Verfassung unterliegen alle Gesetze, durch welche diese geändert wird, der Volksabstimmung. Durch das Landtagswahlgesetz vom 1. Juli 1927 ist nur die Zahl der Wahlkreise vermehrt worden, von der in § 25 der Verfassung gesagt ist, daß sie „mindestens 4“ sein müßten. Diese Festschreibung bedeutete also keine Änderung der Verfassung, dagegen wäre zur Heraushebung der Stimmzahl für ein Mandat wegen ihres verfassungsändernden Charakters die Volksabstimmung notwendig. Mit dieser Tatsache haben überhaupt alle Vorschläge zu rechnen, die eine Änderung der Verfassung bedingen.

Im Spargutachten wird nun die Frage aufgeworfen, ob nicht bei Artikel 23 eine Änderung der badischen Verfassung notwendig und vertretbar wäre. Dieser Absatz 1 habe sich als eine „Überbetonung der Stabilität der Verfassung zum ausgesprochenen Nachteil ihrer Anpassungsfähigkeit“ dargestellt. Baden sei mit Hessen das einzige Land, bei dem der theoretische Gedanke der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes in dieser extremsten Form Eingang in die Verfassung selbst gefunden habe. Die Weimarer Verfassung lasse Verfassungsänderungen mit zwei Drittel Mehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten zu, und diesem Beispiele seien sämtliche Länder mit Ausnahme Badens und Hessens im wesentlichen gefolgt. Das Gutachten meint, die durchaus wünschenswerte Stabilität der Verfassung dürfe durch das Verlangen einer qualifizierten Abstimmungs Mehrheit gewährleistet sein, während andererseits auf diesem Wege die notwendige Anpassungsfähigkeit der Verfassung in beträchtlichem Umfange gehoben würde. Erfahrungsgemäß habe gerade die Bestimmung des § 23 Abs. 1 der Verfassung, die für Änderungen die kostspielige und umständliche Volksabstimmung vorsehe, verhindert, diejenigen Bestimmungen der badischen Verfassung, die durch die Reichsverfassung derogiert, geändert oder inhaltslos geworden seien, dem jetzigen Rechtszustand anzupassen. Das Gutachten kommt daher zu dem Vorschlag, mit der nächsten Landtagswahl eine Volksabstimmung zu verbinden, daß die badische Verfassung dahin abgeändert wird, daß diese im Wege der Gesetzgebung geändert werden kann, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags anwesend sind und mindestens zwei Drittel der Anwesenden ihre Zustimmung erteilen. Nach dieser Änderung könnte dann die badische Verfassung mit der Reichsverfassung in Einklang gebracht und die Verminderung der Überzahl der badischen Landtagsabgeordneten herbeigeführt werden.

Daß Änderungen in der badischen Verfassung, insbesondere eine bessere Angleichung an die Reichsverfassung, notwendig sind, wird nicht bestritten. Um eine solche vorzubereiten, ist ja auch im Jahre 1924 der Verfassungsausschuß eingesetzt worden, der die Aufgabe hatte, alle badischen Verfassungsbestimmungen nachzuprüfen. Anträge auf Änderung der badischen Verfassung sind seit 1919 bis zum Jahre 1929 wiederholt teils von Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, teils von einzelnen Fraktionen gestellt worden, aber nicht zur Durchführung gelangt. Es ist ein alter Grundfaß staatspolitischer Weisheit, die Verfassung eines Landes nicht ohne zwingendste Not abzuändern. Der Gedanke mit der Volksabstimmung der badischen Verfassung einen besonders starken Schutz gegen Änderungen zu geben, war auch für die Schöpfer derselben im Jahre 1919 maßgebend.

Institut für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg
Wie im Vorjahre veranstaltet das Institut für Zeitungswesen an der Universität auch in diesem Jahre vom 13. bis 15. Juli Hochschulpolygraphen für die Zeitungswesen, um beruflich tätigen Verlegern und Journalisten Gelegenheit zu geben, mit der fortschreitenden Wissenschaft in Kontakt zu kommen und in der geistigen Auseinandersetzung mit den großen Fragen des Zeitungswesens ihr fachliches Wissen zu ergänzen und zu vertiefen.

Es werden sprechen: Dr. A. J. Waberath, Frankfurt a. M. („Kommunalpolitik und Presse“); Dr. A. Waskowitsch, Berlin („Was will der Leser?“); Dr. A. Bergsträsser („Der politische Teil der Zeitung“); Prof. Dr. C. Brinmann, Heidelberg („Charakterzüge der deutschen Presse“); Prof. Dr. M. Dibelius, Heidelberg („Strukturwandel der deutschen Politik im Spiegel der Presse“); Prof. Dr. M. Sellpach, Heidelberg („Die Krise der öffentlichen Moral und die Presse“); Kommerzienrat Dr. S. Krumbhaar, Liegnitz („Die Entwicklung der verlegerischen Stellung“); Chefredakteur A. Schiedt, München („Das Nachwuchsproblem in der Presse“); Geheimrat Dr. W. Waldkirch, Heidelberg („Voraussetzungen erfolgreicher Zeitungspublizistik“). An zwei Abenden finden ferner unter Leitung der Herren Prof. Dr. S. v. Eckardt und Dr. G. Böfel, Heidelberg, Diskussionen statt.

Thomas Mann spricht in Genf. Das vom Völkerbund neu geschaffene Ständige Komitee für Kunst und Literatur schloß seine erste Tagung heute ab. Am Mittwoch sprach Thomas Mann, der u. a. seine Befriedigung darüber ausdrückte, daß der Völkerbund auch die Probleme des Geisteslebens nicht vergesse. Die Männer des Geistes wären dem Völkerbunde dafür besonders dankbar. Es sei nicht die Aufgabe dieser ersten Tagung des Komitees, konkrete Ergebnisse herauszubringen. Man habe aber durch eine gedankenvolle und geistig hochstehende Aussprache die Grundlagen geschaffen für spätere Arbeiten. Er müsse gestehen, daß er mit einer ausgesprochenen Skepsis die Reise nach Genf angetreten habe. Diese Skepsis habe er aber im Laufe der verschiedenen Sitzungen aufgegeben. Er sei überzeugt, daß man sich über die staatlichen Grenzen hinaus verständigen würde. — Der Ausschuß hat, unterstützt durch eine Empfehlung von Thomas Mann, beschlossen, die Einladung der Stadt Frankfurt, die nächste jährige Tagung des Ausschusses in Verbindung mit dem Goethe-Jubiläum in Frankfurt abzuhalten, anzunehmen.

Entdeckung eines neuen Planeten. Im astronomischen Observatorium von Kio (Japan) wurde ein neuer Planet entdeckt, der einen Durchmesser von 17 000 Kilometer aufweisen und sich in der Nähe des Sternbilds der Schlange befinden soll.

Der Landtag wird bei Beratung des Spargutachtens die wichtige Frage zu prüfen haben, ob er dem dort gemachten Vorschlag zustimmen und in Verbindung mit der nächsten Landtagswahl eine Volksabstimmung über die Änderung des § 23 der Verfassung herbeiführen soll, die weitere Abänderungen der Verfassung mit einer qualifizierten Zweidrittelmehrheit ermöglichen würde. Wenn schon an eine Änderung der Verfassung herangegangen werden soll, wird zu untersuchen sein, ob man nicht gleichzeitig auch eine Reihe anderer Bestimmungen ändert und die badische Verfassung mit der Reichsverfassung in Einklang bringt. Eine Volksabstimmung hätte dann über die ganze umgearbeitete Verfassung stattzufinden. Vorarbeiten für eine solche Umänderung hat ja der Verfassungsausschuß bereits in erheblichem Umfange geleistet, so daß es nicht schwierig sein könnte, bis zum Jahre 1933 einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten.

Nicht zu verkennen ist, daß mit der Beseitigung des § 23 Abs. 1 das wichtige Recht der Volkshoheit, die zwar von manchen Kritikern in der badischen Verfassung als „auf die Spitze getrieben“ bezeichnet wird, preisgegeben würde. Dem Hinweis, daß die Reichsverfassung für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit vorschreibt, kann man sehr gut mit dem Einwand begegnen, daß schon rein zahlenmäßig die Verhältnisse zwischen Reichstag und Badischem Landtag sehr unterschiedliche sind, die bei einer Verkleinerung des Landtags noch größer würden. Bei einer Zahl von 72 Abgeordneten wäre es, rein theoretisch gesehen, möglich, die Verfassung abzuändern, wenn 48 Abgeordnete anwesend sind und 32 derselben für die Änderungen stimmen. Auf jeden Fall werden die maßgebenden politischen Faktoren sehr ernsthaft die Frage prüfen müssen, ob durch die Beseitigung des Abs. 1 von Artikel 23 der bisherige starke Schutz der Verfassung und ein wichtiges Volksrecht aufgegeben werden sollen und künftighin das Schicksal der Verfassung von Parlamentsmehrheiten gemacht werden kann, die immer Schwankungen ausgesetzt sein werden.

Die Londoner Sachverständigenkonferenz

Die Durchführung des Ferienjahres

Wie Reuters erfährt, wird damit gerechnet, daß die Sachverständigen am 17. Juli in London zusammentreten werden, was von Havas bestätigt wird. Bei den Verhandlungen werde Deutschland vertreten sein. Erst nach Beendigung der Arbeiten der Sachverständigen werde entschieden werden, ob eine Konferenz der Minister der verschiedenen interessierten Länder einschließlich Deutschlands notwendig sei, und wann sie in diesem Falle zusammentreten würde.

Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte der stellvertretende Staatssekretär Castle, daß auch Amerika sich an der technischen Konferenz zur Regelung der Ausführung des Hoover-Planes in London beteiligen werde. Die amerikanischen Delegierten würden zwar hauptsächlich als Beobachter auftreten, gleichzeitig aber dafür sorgen, daß die Entscheidungen der europäischen Finanzexperten sich innerhalb des Geistes des Hoover-Planes halten. Er hoffe, daß die Entscheidungen bald zustandekämen, möglichst schon vor dem 15. des laufenden Monats, damit der Hoover-Plan in Kraft sei, bevor die Zahlungen Deutschlands fällig werden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten stelle mit Befriedigung fest, daß die Reichsregierung das Menschenmögliche tue, um die Finanzlage zu bessern; insbesondere sei der nun gemeldete Garantieplan der deutschen Banken und Industrieunternehmen ein sehr erfreuliches Zeichen.

Ferner gab der stellv. Staatssekretär einen Kommentar zu seiner geistigen historischen Darstellung der Entwicklung des Hoover-Planes. Er erklärte, der Präsident habe unter anderen Plänen die zeitweise Suspension der Reparations- und Kriegsschuldentragungen erwogen; jedoch habe ihm der Vorschlag einer Revision der bestehenden Verträge ferngelegen. Der Präsident habe zu keiner Zeit irgendeine dauernde Revision der ausländischen Schuldentragungen in Vorschlag gebracht oder erwogen. Das Thema sei lediglich von dem Gesichtspunkte aus erwogen worden, wie eine Abhilfe für die infolge der Weltdepression herrschenden zeitweiligen mißlichen Umstände geschaffen werden könnte.

Unterstaatssekretär Castle sagte in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk: Wir leben in der zeitweiligen Befreiung von den zwischenstaatlichen Schulden, das unter den Nationen eine so gute Stimmung und ein solches Gefühl lokaler Verantwortlichkeit entfacht, daß alle zur Abrüstungskonferenz gehen mit dem festen Willen, hier zum Erfolg zu helfen.

„New Times“ für Revision des Young-Plans

Die New-Yorker Zeitungen bringen über mehrere Spalten verbreitete Meinungsäußerungen aus der Geschäftswelt und aus politischen Kreisen, die die Erwartung aussprechen, daß die durch die Zahlungsaussetzung geschaffene zuverlässigere Stimmung eine dauernde Steigerung des Wirtschaftslebens zur Folge haben werde. „New York Times“ erklärt, vor allem müsse sobald wie möglich über die Maßnahmen nach Ablauf des Ferienjahres beraten werden; denn es sei die allgemeine Überzeugung, daß nach Ablauf des Ferienjahres die bisherigen Verträge niemals mehr in ihrer ursprünglichen Form wieder in Kraft gesetzt werden könnten.

Staatssekretär Stimson ist in Rom eingetroffen.

Vertrauensvotum für die belgische Regierung. Die belgische Kammer nahm mit 112 gegen zwei Stimmen bei 44 Enthaltungen eine von Vandervelde und Japart eingebrachte Tagesordnung an, in der die Antwort der belgischen Regierung auf Hoover's Vorschlag gebilligt und an Belgiens „unabwägbares Recht auf Reparationen“ erinnert wird.

Das englische Kohlengesetz in Kraft. Das Oberhaus hat die Vorlage über die Kohlenbezugsverträge endgültig angenommen. Auch der König hat ihr bereits seine Zustimmung erteilt. Sie tritt unverzüglich in Kraft.

Die Opposition in der englischen Arbeiterpartei. Unter ironischem Beifall seiner ehemaligen Fraktionskollegen der Arbeiterpartei erhob sich am Mittwoch im Unterhause Oswald Mosley, der Begründer und Führer der neuen Splitterpartei, und ging ostentativ, gefolgt von seinen vier Getreuen, auf die Seite der Opposition, wo er neben den Konservativen Platz nahm.

Um die Landtagsauflösung in Preußen

Severing und die Opposition

Die Mittwochsitzung des Preussischen Landtages brachte den Höhepunkt des kurzen Tagungsabschnittes vor den Sommerferien. Auf der Tagesordnung stand die Aussprache über die Mitteilung des Staatsministeriums zum Volksbegehren des Stahlhelms auf Landtagsauflösung. Die Regierung erklärte, daß sie dem Volksbegehren nicht beitrete, weil nicht damit zu rechnen wäre, daß im Volksentscheidungsverfahren die notwendige Stimmzahl (über 18 Millionen) erreicht wird. Mit zur Beratung stand auch ein kommunistischer Antrag auf Landtagsauflösung.

Innenminister Severing antwortete den Oppositionsrednern, daß deren vor allem auf die Wirtschaftslage gegründeten Angriffe eigentlich im Reichstag mit der Parole Reichstagsauflösung hätten vorgebracht werden müssen. Er erklärte, daß man Deutschland jetzt nur dienen könne, wenn man das Vertrauen in die Festigkeit der deutschen Verhältnisse habe. Das sei aber nicht zu erreichen mit einem Volksentscheid in einer Zeit, in dem es fast jeden Sonntag zu blutigen Ausschreitungen komme. Der Minister setzte sich dann des Weiteren mit dem Verbot der „Spartakiade“ auseinander und erklärte, die Kommunisten hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß es ihnen lediglich auf einen Kampf gegen das „absterbende System“ und nicht auf den Sport ankomme. Das „absterbende System“ sei noch da und werde sich seiner Haut zu wehren wissen. Die Preußenregierung bleibe auf ihrem Platze, weil sie damit in diesen unruhigen Zeiten dem ganzen deutschen Volke den besten Dienst leiste. Aus dem Verlauf der Debatte ergab sich, daß alle Oppositionsparteien für Landtagsauflösung nach wie vor eintreten, nur haben die Kommunisten ihren besonderen Auflösungsantrag gestellt.

Die Abstimmung ist heute, Donnerstag.

Die Opposition in der sozialdemokratischen Partei

Zum Zusammentritt des Parteiausschusses

Der Reichstagsabg. Sellmann beschäftigt sich in „Vorwärts“ mit dem „Mahnruf“ der drei oppositionellen Abgeordneten Rosenfeld, Sehewitz und Strödel und macht dabei sehr interessante Ausführungen, die Licht über das Ausmaß der Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei werfen.

Sellmann betont, daß der Mahnruf der drei Abgeordneten das Signal zur Sammlung einer einheitlichen Opposition innerhalb der Partei gegeben habe. Dieser öffentliche Mahnruf sei nur die erste öffentliche Bekundung der Tatsache, daß es längst eine wohlorganisierte oppositionelle Organisation innerhalb der Partei gebe, die sich über das ganze Reich erstreckt. Die Spuren ihrer Tätigkeit seien fast überall im Reich zu beobachten. Auch andere Organisationen an der Peripherie der sozialdemokratischen Bewegung seien in den Dienst der Opposition gestellt worden.

In diesem Zusammenhang teilt der Sozialdemokratische Pressebericht mit, daß die drei oppositionellen Abgeordneten unter dem 1. Juli als Erweiterung auf die Stellungnahme des Pressebüros zu ihrem „Mahnruf an die Partei“ eine längere Erklärung gegeben haben, in der sie „mit Nachdruck feststellen“, daß sie „weder mit der Einheit der Partei spielen noch gar an Spaltung denken“. Der übrige Inhalt der Erklärung sei im Sinne des Mahnrufes gehalten. Der Sozialdemokratische Pressebericht lehnt eine Veröffentlichung der Erklärung ab und weist darauf hin, daß die Urheber des Mahnrufes schriftlich aufgefordert sind, sich vor dem am kommenden Dienstag zusammentretenden Parteiausschuß eingehend zur Sache zu äußern.

Ein neuer Pacific-Flug

Die amerikanischen Flieger Robbins und Jones sind am Mittwoch in Seattle mit dem „Cinderella“ von Norfolk um 3.38 Uhr früh zum Flug nach Tokio gestartet, um den von der japanischen Zeitung „Asahi“ für die erste zwischenlandungslose Überfliegung des Stillen Ozeans gestifteten Preis von 5000 Pfund Sterling zu gewinnen.

Kleine Chronik

Der Schwarzwälder Uhrenhändler ist auf seiner Fahrt durchs Rheintal in Wiesbaden eingetroffen und wurde vom Verein der Badener mit herzlichster Gastfreundschaft aufgenommen.

Die dänischen Ozeanflieger wollen heute, Donnerstag, von Kopenhagen kommen, in Hamburg eintreffen. Von hier werden sie nach England weiterfliegen, um sich an Bord des Stohddampfers „Bremen“ zu begeben, und die Rückreise nach New York anzutreten. Das Flugzeug der Flieger wird gegenwärtig in Kopenhagen abmontiert und den Fliegern nach New York nachgeschickt werden.

Der akademische Senat der Universität in Kiel hat gegen den Studenten der Medizin Hans Eichhoff im Wege des Disziplinarverfahrens auf Entfernung von der Universität erkannt. Eichhoff hatte am 30. Juni in einer Versammlung des Demokratischen Studentenbundes eine Reizgasbombe geworfen.

Der 40 Jahre alte Ministerialamtmann Karl Nagel, der in Potsdam wohnt, hat sich in Berlin in seinem Amtszimmer im Reichsverkehrsministerium erschossen.

Der russische Sänger Schaljapin fuhr am Montag Nachmittag in Oberfranken, zwischen Taubertal und Kautendorf einen Motorabfahrer an, der zu Boden stürzte und leichte Verletzungen erlitt. Das Auto fuhr weiter, wahrscheinlich, weil von den Insassen der Unfall nicht bemerkt worden war. Es wurde jedoch eingeholt und Schaljapin, der in Begleitung seiner Frau reiste, nahm den Verletzten mit nach Reichenau. Beim Amtsgericht Reichenau hinterlegte Schaljapin eine Kaution von 2000 Kronen.

Mehrere Strafgefangene des Gefängnisses Kivlen (Vulgarien) unternahmen einen Fluchtversuch, der jedoch bemerkt wurde. Als sich die Fliehenden auf Anruf der Wache nicht ergaben, gab diese Feuer, wobei fünf Gefangene getötet wurden.

Zu der Notlandung des Postflugzeuges Nanking-Berlin in der Mongolei, wird aus Schanghai gemeldet, daß infolge der politischen Unstimmigkeiten zwischen der Regierung der äußeren Mongolei und den Nanking-Behörden diese nichts tun könne, um die Freilassung der beiden deutschen Flieger und die Rückgabe des Flugzeuges und der Flugpost zu erreichen. Man ist sehr besorgt um das Schicksal der Flieger.

In Kalkutta wurde einer der drei Eingeborenen, welche im Dezember 1930 den Gefängnisinspektor Oberst Simpson in seiner Wohnung ermordet hatten, der Student Gupta, hingerichtet.

Ein Attentat in Ägypten. Als der Präsident des ägyptischen Parlaments in Begleitung seiner vier Söhner von einem Autoausflug nach Kairo zurückkehrte, wurden auf ihn mehrere Schüsse abgegeben, die jedoch niemandem verletzten. Die Täter sind unbekannt.

Der freiwillige Arbeitsdienst

Die Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen

Vom 7. Juli fanden bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin...

Kurze Nachrichten

Die Besuche der deutschen Minister in Paris und Rom. Wie uns mitgeteilt wird, ist für die Besuche...

Der Präsident der indischen Nationalversammlung, B. J. Patel, traf Dienstag nachmittag mit dem fahrplanmäßigen Flugzeug der Deutschen Luftlinie aus London kommend...

Norwegische Unterseeboote in Kiel. Die drei erwarteten norwegischen Unterseeboote liefen heute Donnerstag Vormittag nach der Fahrt durch den Nordostsee kanal...

Holländischer Flottenbesuch. Ein holländisches Geschwader wird am 10. Juli in Travemünde bei Lübeck eintreffen...

Wieder polnische Grenzverletzungen. Bei Marienwerder hat am Mittwoch ein polnischer Deserteur aus Graudenz...

Volksbegehren in Anhalt. Die Deutsche Volkspartei hatte in Anhalt einen Antrag auf Volksbegehren...

Neue Schnellwagen für die Reichsbahn. Die Reichsbahn plant, neue Diesel-Elektro-Schnellwagen einzustellen...

Einladung des Völkerbundes an Amerika zur Abrüstungskonferenz. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt eine Einladung...

Die Straßburger und der 14. Juli. Der Straßburger Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung...

Ein Mitarbeiter Edisons ?. Der Erfinder des Carborundums (Silicium Carbide), eines wichtigen Schleifmittels...

Literarische Neuerscheinungen

Schieden erschien: Straßfahr-Beschreibungen für Karlsruhe, von Dr. Fritz Oppenheimer, Rechtsanwalt in Karlsruhe...

Die örtlichen Bestimmungen in Baden sind überall ähnlich wie in Karlsruhe. Für jeden Juristen und Kraftfahrer...

Badischer Teil

Der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband in Rheinfelden

Der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband hielt in Schweizer-Rheinfelden seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab.

Dr.-Ing. Herbert Albrecht (Rheinfelden) hielt einen Vortrag über die Kraftwerke Aargau-Schwyz...

Der Verein betont in seinem Jahresbericht, daß trotz der Krise in der Industrie das Interesse am weiteren Ausbau der schweizerischen Wasserkraft...

Bekämpfung des Kornkäfers

Die Hauptstelle für Pflanzenschutz am Badischen Weinbau-Institut gibt folgendes bekannt:

Aus verschiedenen Teilen des Landes sind uns in letzter Zeit Schäden durch Kornkäfer gemeldet worden. Dieser kleine, schwarze Käfer...

Aus der badischen Industrie

Aus der Zigarrenindustrie. Die Zigarrenfirma Halle & Wenzler in Mannheim hat...

Aus der badischen Landwirtschaft

Die Ernteausichten im Odenwald. Die Heuernte ist jetzt allerorts beendet und sehr gut ausgefallen. Die Getreidepreise sind deshalb auch stark zurückgegangen...

Tagungen

Die badischen Lebensretter in Weisach. Das schöne Rhein-Strombad hat willkommenen Anlaß...

Die badischen Konsumgenossenschaften hielten am Sonntag eine Vertreterversammlung des ganzen Landes...

Der Landesverband Badischer Schneidemänner hielt in Rehl einen Obermeisterabend...

Bericht. Die Haupttätigkeit des Verbandes spielte sich in dessen Beratungsstelle ab. Der Redner erörterte die Maßnahmen gegen Hausrat...

Aus der Landesbauwirtschaft

Luftpostmarken. Aus Anlaß der bevorstehenden Polarfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“...

Wieder „politische“ Ausschreitungen. Gegen Mitternacht kam es vor einer Wirtschaft in der Ettlinger Straße zu Ausschreitungen...

Opern-Aufführung im Landestheater. Das Badische Landestheater erwarb die Oper „Die Maske“...

Ebbs. Musik. Der Badische Kammerchor, Karlsruhe, unter Leitung des Hochschuldirektors Franz Philipp wurde vom Südd. Rundfunk...

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstag morgen. Über Mitteleuropa liegt noch immer eine ausgedehnte Zylone...

Wassermstände. Rheinhaut 404 minus 40, Basel 284 minus 9, Schutterinsel 301 minus 14...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Copenhagen, etc.), date (8. Juli), and exchange rate (Geld, Brief).

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Juli sind in der verflochtenen Bankwoche an Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen 20,6 Mill. Reichsmark...

Die Großhandelsindexziffer stellt sich für den Juni mit 112,3 um 0,9 Proz. niedriger als im Vormonat.

Der Bericht der „Wieg“

Der 32. Geschäftsbericht der Badischen Lokalbahn AG in Karlsruhe für das Jahr 1930 besagt: Die Länge der im Betrieb befindlichen Bahnen betrug am Ende des Berichtsjahres 148,65 Kilometer...

Die allgemeine Wirtschaftsnot hat im Berichtsjahr weiterhin erheblichen Verkehrsrückgang sowohl im Personen-, als auch im Güterverkehr gebracht...

Der dadurch eingetretene Einnahmeausfall konnte durch weitere Einschränkung der bereits stark abgedrosselten Ausgaben nur zu einem sehr geringen Teil ausgeglichen werden...

Die Ausichten für das Jahr 1931 sind angesichts der wachsenden Wirtschaftsnot mit ihren schweren Einwirkungen auf den Eisenbahnverkehr recht ungünstig...

Gemeindeverordnungen

Voranschläge der Gemeinden

Nachdem der Wieslocher Bürgerausschuss den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 zweimal abgelehnt hatte, mußte der Bezirksrat den Voranschlag zwingend festsetzen. Durch den Ausfall an Reichsüberweisungssteuern, deren Zudeckung nach einem Erlass des Reichsfinanzministeriums von 105 auf 91,7 Prozent gesunken ist hat die Stadt einen Ausfall von 12.000 M erlitten. Insgesamt beträgt der steuerliche Fehlbetrag 20.000 M. Zur Deckung des Fehlbetrages von 20.000 M schlägt die Revisionsbehörde die Erhöhung der Bürgersteuer auf den zweifachen Satz (4000 M), der Biersteuer auf den anderthalbfachen Satz (1000 M), und die Einparung an Gehältern (8000 M) vor. Der Restbetrag von 7000 M soll sonst im Voranschlag eingespart werden. Diefem Voranschlag folgte auch der Bezirksrat in seiner Entscheidung, der den Voranschlag nach der Aufstellung des Gemeinderats zwingend festsetzt.

In der letzten außerordentlichen Bezirksratsitzung in Rastatt vom 7. Juli wurden die Voranschläge der Gemeinden Muggensturm, Reichental, Notensfeld, Nauental, Hilpertsau, Wintersdorf, Oberstrot, Sulzbach, Staufenberg, Freiolshausen und Scheuern genehmigt. Für die Gemeinden Reichental und Nauental wurde außerdem die Einführung der Biersteuer genehmigt. Die Unterschiede in den Umlagefähigen der Gemeinden sind ziemlich groß. So haben z. B. die Gemeinden Freiolshausen und Sulzbach sehr hohe Umlagen, während die Gemeinde Reichental überhaupt keine Umlage erhebt.

In Achern wurde der Voranschlag für 1931/32 mit 45 gegen 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten vom Bürgerausschuss angenommen. Die Umlage erfuhr die gesetzlich vorgeschriebene Senkung von 4 Proz., die Biersteuer mußte beibehalten werden, die Bürgersteuer und Getränkesteuer im einfachen Satz wurden eingeführt.

Der von der Gemeindeverwaltung Auenheim (Amt Rastatt) vorgelegte Voranschlag für das Jahr 1931/32 wurde vom Bürgerausschuss einstimmig genehmigt. Die Umlage beträgt für je 100 M Steuerkapital vom Grundvermögen 88 Pf., vom Betriebsvermögen 15 Pf., vom Gewerbeertrag 303 Pf., was eine Erhöhung um 2, bzw. 1, bzw. 24 Pf. bedeutet. Bürgersteuer und Getränkesteuer brauchen nicht eingeführt werden.

Der Voranschlag von Lahe konnte im Stadtrat nicht fertiggestellt werden, weil über die Deckung einer Einigung nicht erzielt werden konnte. Der Landeskommissar von Freiburg hat nunmehr Umlage und Steuern von sich aus festgesetzt, so daß der Voranschlag ohne den Bürgerausschuss zu passieren, in Kraft gesetzt wird.

In Fleibach bei Freiburg hat der Bürgerausschuss die Einführung der Bürgersteuer beschlossen, nachdem die Biersteuer bereits seit Februar in Kraft ist.

Die Bürgermeisterwahl in Eberbach wurde auf Freitag, den 17. Juli, festgesetzt. Die Vorstellung der in engere Wahl gezogenen Bewerber vor dem Bürgerausschuss findet am Freitag, den 10. Juli, nachm. statt. Aus der Reihe der eingegangenen Bewerbungen wurden in engere Wahl gezogen: 1. Dr. Kurt Haber, Regierungsrat im Ministerium des Innern in Karlsruhe. 2. Dr. Hans Eggers, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt a. M. 3. Dr. Max von der Kall, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Handelskammer in Heidelberg. 4. Rudolf Krönig, Assessor beim Kreisamt in Alzey (Rheinhesen). 5. Dr. Otto Lens, Rechtsanwalt in Wolfach. 6. Dr. Karl Nassar, Referent beim Statistischen Reichsamt in Berlin. 7. Dr. G. Mehl, Dipl.-Volkswirt und Mittmeister a. D. in Freiburg. 8. Karl Pfäumer, Polizeioberleutnant a. D. und Stadtrat in Heidelberg. 9. Dr. Heinz Scheller, Bürgermeister in Franzburg in Pommern. 10. Dr. Friedrich Schmitt, Bürgermeister in Buchen. 11. Dr. Martin Schröder, Gerichtsassessor in Heidelberg. Aus der Mitte des Kollegiums wurden ferner in die engere Wahl in Vorschlag gebracht: 12. Stadtrat und Kaufmann Theodor Kappes in Eberbach. 13. Landtagsabgeordneter Lehleiter in Mannheim.

Schurmanstraße in Heidelberg. Vorkäufer a. D. Schurman richtete an den Heidelberger Oberbürgermeister einen Brief, in dem er der Stadtverwaltung für die Bezeichnung einer Straße mit seinem Namen dankt und seinen freundschaftlichen Gefühlen für Heidelberg erneut Ausdruck gibt. Keine Auszeichnung außerhalb seines Landes hätte ihn, so sagt er, mehr erfreuen können.

Gründung einer Rotgemeinschaft in Weil a. Rh. Zur Behebung der außerordentlichen Notstände ist in Weil a. Rh. auf Vorschlag des Bürgermeisters eine Rotgemeinschaft ins Leben gerufen worden. Zugunsten dieser Rotgemeinschaft hat der Bürgermeister auf einen weiteren Teil seines Gehaltes freiwillig verzichtet.

80 Jahre Städtische Sparkasse Rastatt. Mit dem Ende des Jahres 1930 hat die Städtische Sparkasse Rastatt ihr 80. Geschäftsjahr abgeschlossen. Wenn auch die Vermehrung der Spareinlagen die des Vorjahres nicht ganz erreichte, so ist doch eine Zunahme von rund einer halben Million als befriedigend anzusehen. Die Spareinlagen sind von 2.626.906,15 M auf 3.127.659,83 M angewachsen, dazu noch 719.936,78 M Aufwertungsspareinlagen, so daß die Gesamtsparsummen 3.847.596 M betragen. Die Zahl der Spareinleger hat sich um 310 vermehrt und ist auf 3381 angewachsen, wozu noch 6746 Aufwertungskonten kommen. Rund 70 Proz. der Spareinlagen sind in Hypotheken angelegt. Von dem im Jahre 1930 erzielten Überschuß in Höhe von 55.025,40 M wurden 23.387,83 M auf Gebäude und Inventar abgeschrieben, die alsdann verbleibenden 31.637,57 M wurden dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt, der damit die vorgezeichnete Höhe erreicht hat. Der Umsatz ist von 49 auf 59 Millionen Reichsmark gestiegen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wimpina-Gebächtnisfeier in Buchen. bpd. Buchen, 5. Juli. Anlässlich des 400jährigen Todestages des großen Reformationstheologen Konrad Koch, genannt Wimpina, rüstete das zwischen Obenwald und Wauland gelegene Reichstädtchen Buchen zu einer würdigen Gedenkfeier. Konrad Koch, der als Sohn einfacher Gerbersleute zu Wimpfen a. N. das Licht der Welt erblickte, und schon in frühen Jahren, zwischen 1465 und 1470 mit seinen Eltern nach Buchen übersiedelte, fand vor 400 Jahren in der hiesigen Pfarrkirche nach einem an Kampfen um die Erhaltung seines Glaubens reichen Leben seine letzte Ruhestätte.

Eine besondere Bedeutung erlangten die Feiertage durch die Anwesenheit des Weihbischofs, Erz. Dr. Burger, des badischen Staatspräsidenten und Justizministers Dr. Wittenmann und des badischen Ministers für Kultus und Unterricht Dr. Schmitt.

Den Auftakt zur Feier bildete am Samstagabend ein Festbankett in der feingemütlich geschmückten Schützenhalle. Bürgermeister Dr. Schmitt begrüßte die glänzende Festversammlung namens der Stadt. Landrat Mozzoli begrüßte die Stadt Buchen zu dem großen Gedenktage. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Festschau des Archidirektors a. D. Prof. Dr. Albert, der Verfasser einer Wimpina-Biographie ist. Er zeichnete das Leben und Wirken Wimpinas bis zu seinem Tode, der ihn im Benediktinerkloster Amorbach, erzielte. Staatspräsident Dr. Wittenmann überbrachte die Glückwünsche der Staatsregierung mit dem persönlichen Wunsch, daß es Buchen weiterhin vergönnt sein möge, große Männer dem Volke zu schenken. Den Reigen der Redner beschloß Prälat Prof. Dr. Müller, Freiburg.

Der Sonntag, als eigentlicher Festtag, fehte mit Musik und Völlerschreien ein. Der Nachmittag war der Kirche gewidmet. Weihbischof Dr. Burger hielt im Freien, auf dem großen Kirchplatz, ein Pontificalamt mit Predigt. Dann folgten sportliche Vorführungen der D.M. gegen 12 Uhr versammelten sich die Festgäste zum Festzug, an dem sehr viele auswärtige Vereine teilnahmen. Auf dem Festplatz zwischen Stadtkirche und Schulhaus ergriff Weihbischof Dr. Burger wieder das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er zeichnete die katholische Aktion als eine Aktion der Selbsterhaltung. Seine Worte gipfelten in dem Satz: Der Feind steht im Osten! Der Kampf wird ausgetragen zwischen Moskau und Rom. Die Festschau hielt Verwaltungsdirektor Häfner, Mannheim, in der er die Aufgaben des katholischen Volksteils beleuchtete. Den Abschluß der eindrucksvollen Feier bildete die Aufführung des Wimpina-Festspiels.

Dr. Mannheim, 9. Juli. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den 1878 zur Argentinien geborenen, in Mannheim-Heidenheim wohnhaften verheirateten Raffener Ernst Griesler, Anklage wegen Unterschlagung bzw. Untreue und Urkundenfälschung erhoben. Durch die Treuhändergesellschaft wurde im Oktober v. J. bei der Durlacher-Hof-Brauerei ein Fehlbetrag in Höhe von 37.618 M festgestellt. Das Manco entstand in der Zeit vom 1. Januar 1928 bis 24. Oktober 1930, dem beschämigsten Tage, an dem der Angeklagte der Direktion den angegebenen Fehlbetrag in seiner Kasselführung eingestanden. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er, um die Unterschlagung zu verdecken, die Kasselführung gefälscht und fortwährend Schiebungen unternommen haben soll, in dem Bestreben, das Manco wieder auszugleichen, indem er meist persönlich abgelieferte Kundengelder erst zu einem späteren Termine beim Postbedamten Karlsruhe im Gesamtbetrag von 8110 M leistete. Dabei fälschte er die Namen von 8 Kunden.

Dr. Forstheim, 9. Juli. Einem schweren Leiden vom Kriege her erlag im 56. Lebensjahre Amtsgerichtsdirektor Dr. Emil Fiegler. Mit ihm verchied ein hervorragender badischer Jurist, der, durch sein Leiden gezwungen, kaum 50-jährig, vorgeitig seinen Beruf aufgeben mußte.

Dr. Baden-Baden, 7. Juli. Im Auftrag der Stadt Baden-Baden sucht hier der bekannte Wellfcher Nocke nach neuen Quellen. Gestern hat er in der Beststadt neue Quellen angegeben, welche garnicht sehr tief liegen sollen und deren chemische Zusammenetzung sich von den bisherigen Thermen ganz wesentlich unterscheiden soll. Seine Angaben deden sich fast vollständig mit den geologischen Forschungen des Baurats Bihars, der sich aber zur Zeit in Urlaub befindet und mit dem Nocke keinerlei Verbindung hat. Man wird sich nunmehr im Stadtrat entscheiden müssen, ob man eine Versuchsbohrung unternehmen will.

Dr. Baden-Baden, 9. Juli. Die Vermählung des Margrafens Verthold von Baden mit Theodora von Griechenland wird am 17. August im neuen Schloß in Baden-Baden stattfinden. Bis jetzt haben 70 Fürstlichkeiten ihre Teilnahme zugesagt. Margraf Verthold weilt zur Zeit in London bei Verwandten.

Dr. Baden-Baden, 8. Juli. Der englische Offizier Sir Henry Deterding ist mit Gattin in Baden-Baden eingetroffen und im Hotel Stephanie abgestiegen.

Dr. Offenburg, 8. Juli. Das Gymnasium wird, wie schon bekannt, Ende dieses Monats sein 50jähriges Bestehen als Rollanstalt feiern. Zu der Feier werden alle ehemaligen Schüler und Lehrer, soweit sie noch erreichbar sind, eingeladen. Seit langem ist man an der Arbeit, das Adressenmaterial zusammenzustellen. Prof. Hofmann, der über 40 Jahre am Gymnasium als Lehrer tätig war, hat ein Theaterstück verfaßt, in dem die Geschichte der Schule mit all den wechselnden Problemen der 50 Jahre dargestellt wird. Das Stück wird während des Festaktes zur Aufführung gelangen.

Dr. Haslach i. N., 8. Juli. In der Nähe von Haslach wurde abheits der Landstraße auf der Wiese der 57 Jahre alte Tagelöhner Jakob Kempf von Unbekanntem bewußtlos aufgefunden. Im Krankenhaus Haslach ist er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, gestorben. Man vermutet, daß Kempf von einem unbekanntem Motorabfahrer angefahren wurde. Entweder hat dieser sein Opfer, von dem er annahm, daß es tot war, auf die Wiese geschleppt, oder Kempf ist nochmals zum Bewußtsein gekommen und wollte berufen, nach Hause zu gelangen. Dabei ist er schließlich auf der Wiese zusammengebrochen.

Dr. Waldshut, 8. Juli. Das Schwurgericht Waldshut verurteilte den Schlosser Fritz Bierl in Tiengen wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform, des Reichskanzlers, des badischen Staates und von Polizeibeamten in einem Artikel „Das Spielzeug der Waldshuter Schupo“, erschienen in der in Tiengen herausgegebenen Zeitung „Der rote Scheinwerfer“, zu 300 M Geldstrafe an Stelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von einem Monat.

Dr. Konstanz, 8. Juli. Die russische Aufkaufskommission hat im Seckreis eine Reihe von Buchstaben angekauft, so in Engen 7 Stück, in Stodach 31 Stück. Die bezahlten Preise bewegten sich zwischen 800 bis 800 M für 10 bis 15 Monate alte Tiere.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Ausübung der Jagd auf Wildenten.

Auf Grund des § 26 Absatz 3 des Jagdgesetzes vom 28. Mai 1927 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 119) wird die Schonzeit für Wildenten bis zum 31. August 1931 ausgedehnt und ihr Wiederbeginn auf 1. Februar 1932 festgesetzt.

Karlsruhe, den 8. Juli 1931.

Der Minister des Innern

Maier.

Bekanntmachung.

Erhebung der allgemeinen Kirchensteuer im Rechnungsjahr 1931 und 1932.

Auf Grund des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. Juni 1922 hat die Alt-katholische Kirchensteuervertretung in ihrer Sitzung vom 3. Juni 1931 beschlossen, daß in den Kirchensteuerjahren 1931 und 1932 von der Alt-katholischen Kirche in Baden zur Bestreitung der allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse in den Rechnungsjahren 1931 und 1932 an allgemeiner Kirchensteuer ein Zuschlag von 10 Prozent der maßgebenden Kirchensteuer erhoben wird.

Dieser Beschluß ist durch Entschließung des Staatsministeriums vom 26. Juni 1931, Nr. 6915, staatlich genehmigt worden.

Karlsruhe, den 2. Juli 1931.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:

J. B. Armbruster.

Volksschauspiel Oetigheim

bei Rastatt

Andreas Hofer

von A. J. Lippl. Aufführungen: Alle Sonntage

Vom 14. Juni bis Ende September

Gedeckter Zuschauerraum. 800 Mitwirkende

Anfang 14 Uhr Ende 18 Uhr

Preise der Plätze: 1,50—6,50 RM, nebst besonderen Logen

Vorverkauf: Theaterkasse Oetigheim, Telefon 2061 Rastatt

Vorverkauf Karlsruhe: Heidersche Verlagbuchhandlung, Herrstraße, 34. Fritz Müller Musikalienhandl., Ecke Kaiser- u. Waldstr., Anknüpfung des Verkehrsvereins Klo., Kaiserstr. 159, Zeitungskiosk beim Hotel Germania, L. 238

Bekanntmachung.

Der am 1. August 1931 fällige Zinsschein Nr. 17 zur Teilschuldverschreibung unserer 5%igen Kohlenanleihe von 1923 gelangt bei den in den Anleihebedingungen näher bezeichneten Stellen mit 0,44 Reichsmark für 17,50 Reichsmark und mit 0,47 „ „ 1 Tonne Kohle zur Auszahlung.

Karlsruhe, den 8. Juli 1931.

Badische Landeselektrizitätsversorgung

Aktiengesellschaft (Badenwerk).

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der Badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

GemeindeSparkasse Scherzheim

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kasse	6.641,60	1. Spareinlagen	333.150,87
2. Postgeldguthaben	129,97	2. Aufwertungsspareinlagen	162.356,08
3. Guthaben bei Landesbank	20.208,73	3. Giroeinlagen	6.010,10
4. Kontokorrentkredite	197.525,30	4. Kontokorrenteinlagen	5.637,58
5. Hypothekendarlehen	192.718,78	5. Anlehenskapitalien	147.223,71
6. Schuldscheindarlehen	77.876,—	6. Rücklagen früherer Jahre	21.835,85
7. Lombarddarlehen	790,—	7. Reingewinn vom Jahre 1930	4.293,51
8. Darlehen auf Landwirtschaftswechsel	7.710,—		
9. Wechselbarlehen	1.369,50		
10. Betriebskapitalverband	9.800,—		
11. Aufwertungsfordernngen	28.110,50		
12. Aufwertungsabrechnungskonto	125.054,45		
13. Einnahmerückstände	12.552,87		
14. Gerätschaften	1,—		
	680.497,70		680.497,70

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 344.788,55 M Einlagen = 27.583,08 M
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 26.129,36 M
 Somit weniger 1.453,72 M

Scherzheim, den 5. Juni 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:

Kienig, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:

Bertsch.

Druck G. Braun, Karlsruhe.



Badisches Landestheater

Freitag, den 10. Juli 1931

Volkshäuser: Jubiläumsfest.

Vor Sonnenaufgang

Drama von

Georg Hauptmann

Regie: v. b. Trend

Mitwirkende:

Berktram, Ernack, Frauendorfer, Genter, Seiling, Gule, Hebesien, Müllich, Brand, Dahlen, Graf, Herz, Hietl, S. Rienschler, Kubne, Luther, Krüger, G. Müller

Anfang 19%, Ende 22%, Preise A (0,70—5 M).

Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzarten erhältlich.

Sa. 11. 7. Zum erstenmal: Schwengels. So. 12. 7. Kida. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung. Mo. 13. 7. Vor Sonnenaufgang.

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14 u. 18, Tel. 952—54